

„Corona in den USA –Der Podcast des Heidelberg Center for American Studies“

29. Oktober 2020

„Die U.S. Präsidentschaftswahlen – Wer gewinnt?“

Martin Thunert, HCA

Anja Schüler: Guten Tag und herzlich willkommen zum Podcast des Heidelberg Center for American Studies an der Universität Heidelberg, mein Name ist Anja Schüler. Auch heute soll es wieder um die Präsidentschaftswahlen in den USA gehen. In der kommenden Woche ist es so weit: Mitten in einer globalen Pandemie entscheiden die U.S.-Bürgerinnen und Bürger über eine zweite Amtszeit für Donald Trump. Die Corona Pandemie ist ein zentrales Thema im Wahlkampf; über 225.000 Amerikaner sind ihr bereits zum Opfer gefallen. Der demokratische Herausforderer Joe Biden wird nicht müde, das Corona-Management der Trump-Administration zu attackieren. Er wirft dem Amtsinhaber Missmanagement und Mangel an Verantwortungsbewusstsein und Empathie vor. Donald Trump weiß, dass er in den Umfragen derzeit nicht gut dasteht. Das Wochenende verbrachte er mit einem sogenannten *Campaign-Blitz* mit Großveranstaltungen in North Carolina, Ohio und Wisconsin. Diese Bundesstaaten muss er gewinnen, um seine Chance auf eine Wiederwahl zu wahren. Die Gemengelage ist kompliziert, und ich hoffe, dass ich sie zusammen mit meinem heutigen Gast etwas entwirren kann. Ich freue mich auf das Gespräch mit Martin Thunert, dem Senior Lecturer für Politikwissenschaft am HCA, einem echten Kenner der politischen Landschaft in den USA. Herzlich willkommen zum HCA Podcast.

Martin Thunert: Ich freue mich auch dabei zu sein und bin gespannt...

Anja Schüler: ...gespannt, wohin die Reise geht. Diese Wahl kann man jetzt schon als historisch bezeichnen, denn die USA steuern auf eine Rekordwahlbeteiligung zu. Mehr als 64 Millionen Amerikaner haben bereits gewählt. Experten schätzen, dass dieses Jahr bis zu 150 Millionen US-Bürger wählen gehen. Das wäre eine Wahlbeteiligung von 62% und damit die höchste seit 1908. Könnte die Wahlbeteiligung entscheidend werden?

Martin Thunert: Das könnte sie, wenn es den beiden Parteien jeweils gelingt, in den umkämpften Staaten ihre Leute besser zu mobilisieren als die andere Partei. Denn die Demokraten werden sicherlich den *Turn Out* bei den Wählern gewinnen, die Sie schon genannt haben, Frau Schüler, bei 56 oder bis zu 60 Millionen, die entweder schon *early voting* gemacht haben, also normal ihre Stimme abgegeben, oder Briefwahl gemacht haben. Da erwarten wir einen klaren Vorsprung, einen Mobilisierungsvorsprung der Demokraten. Und die Herausforderung für Trump oder für die Republikaner besteht jetzt darin, diesen *Turn Out* am Wahltag selbst bei denen, die direkt in die Wahllokale gehen oder, von heute an gesehen, noch wählen, sozusagen mindestens einzuholen, wenn nicht zu übertreffen. Ich denke, die Demokraten sind in einer strategisch schwierigeren Position, denn wir wissen ja, wenn die *National Vote* gezählt würde, also einfach der komplette *Turn Out*, dann würden auch bei der bevorstehenden Wahl mit höchster, hoher Wahrscheinlichkeit die Demokraten wieder einen deutlichen Sieg einfahren. Hillary Clinton hatte drei Millionen mehr Stimmen als Trump, aber sie hat diesen riesigen Vorsprung eigentlich nur in den absoluten Hochburgen der Demokraten wie z.B. Los Angeles County oder auch Stadtkreis New York gewonnen, und das nützt nichts, weil sie diese auch mit weniger Abstand gewonnen hätte. Insofern muss wahrscheinlich Biden tatsächlich – um auch das *Electoral College* zu gewinnen – zwischen 2,5-5 % mehr Stimmen in der *National Vote* haben, um die durch das Wahlsystem verursachten Ungleichheiten zwischen den Bundesstaaten auszugleichen. Die Demokraten haben ihre Hochburgen fast ausschließlich in den urbanen Zentren und nicht in den Staaten, die eine große Fläche, aber wenig Bevölkerung haben, die aber im *Electoral College*, aufgrund dessen, dass eben auch die beiden Senatoren für die Zahl der Elektoren gewertet werden, bei jedem Staat sozusagen überrepräsentiert sind. Das ist ein Dilemma. Es kommt also darauf an, in den umkämpften Staaten mehr Leute zur Wahl zu mobilisieren. Da würde ich einen Gleichstand sehen, da Trump enorm gegenmobilisiert hat. Allerdings sind auch seine Wähler, zumindest die Kernwähler, was wir bei den Kundgebungen sehen, enorm begeistert und haben einen vielleicht einen sogar noch größeren Enthusiasmus als die Unterstützer von Biden.

Anja Schüler: Präsident Trump scheint seine Anhänger und seine Gegner sozusagen gleichermaßen an die Urne zu treiben. Aber im Augenblick deuten nahezu alle Umfragen darauf hin, dass Joe Biden die Wahl gewinnt. Vor vier Jahren gab es

allerdings eine ähnliche Prognose zugunsten von Hillary Clinton. Was ist denn dieses Jahr anders?

Martin Thunert: Dieses Jahr ist anders, weil wir es wieder mit einer Konstellation zu tun haben, wo ein Präsident nach vier Jahren Amtszeit gegen einen Herausforderer antritt. Und wenn man schaut, wie es erfolgreich wiedergewählte Präsidenten angestellt haben, etwa George W. Bush gegen John Kerry 2004, oder Barack Obama gegen Mitt Romney 2012 – die haben es durch geschickte Wahlkampfführung, vor allen Dingen durch *Negative Campaigning* geschafft. Die Älteren unter den Hörern erinnern sich vielleicht noch an die *Swift Boat* Kampagne, als Kerry dort angegriffen wurde, wo er sich stark fühlte, nämlich bei seinem Militärdienst in Vietnam und in der Wirtschaftskompetenz – und man hat sozusagen bei der Wahl aus einem Referendum über die vier Jahre des Amtsinhabers auch ein Referendum über die Eignung des Gegenkandidaten gemacht. Das ist Trump bis vor ganz kurzer Zeit, vielleicht sogar bis zu der letzten Debatte, noch nicht gelungen. Die Wahl ist nach wie vor zum großen Teil ein Referendum über die Art und Weise, wie er die Covid-19 Pandemie gemanagt hat. Und da schneidet er in der allgemeinen Bevölkerung und erst recht bei den Anhängern der Demokraten natürlich sehr schlecht ab; das ist Punkt eins. Punkt zwei ist: Vor vier Jahren hatten sowohl Trump als auch Hillary Clinton sehr negative Popularitäts- und Beliebtheitswerte, Trump noch mehr als Hillary, aber Hillary Clinton hatte für eine Kandidatin im Grunde auch sehr schlechte Werte. Und das ist diesmal anders; sowohl die Werte für Joe Biden als auch die für Kamala Harris, im Vergleich zu Mike Pence, dem Vizepräsidenten, sind deutlich besser als die Werte für Hillary Clinton und ihren heute schon fast vergessenen Vizepräsidenten Tim Kaine. Dritter Punkt ist: Wir wissen aus den Zwischenwahlen vor zwei Jahren, dass viele weiße Wählerinnen in Staaten wie Pennsylvania Trump gewählt haben, weil sie ein paar von seinen Politikgehalten gut finden. Auch die Vorstadtdamen, sage ich jetzt mal – ich will jetzt nicht eine österreichische Fernsehserie zitieren – mögen hohe Steuern oder andere Punkte nicht, die die Demokraten haben. Aber Trumps Stil, Trumps Rhetorik, Trumps Verhaltensweise, die viele von denen als nicht dem Amt angemessen empfinden, schreckt diese Frauen ab. Und sie haben bei den Zwischenwahlen, wo Trump allerdings nicht auf dem Wahlzettel stand, tatsächlich den Demokraten zur Mehrheit im Repräsentantenhaus verholfen. Wenn diese Frauen jetzt nicht zumindest teilweise zu Trump oder den Republikanern zurückkehren,

steckt er in einigen dieser Swing States in Schwierigkeiten. Letzter Punkt: Trump war auch bei den Senioren und Seniorinnen 2016 sehr stark im Rennen, wo doch jetzt eine ganze Menge gerade der weißen Seniorinnen und Senioren von seinem Pandemiemanagement abgeschreckt worden ist. Viele der Senioren kennen irgendjemand im erweiterten Freundes- oder Verwandtenkreis, der in einem Seniorenheim oder an der Pandemie gestorben ist. Zudem ist sein Gegenkandidat noch mehr selbst Senior als Trump selber: Er ist noch einmal vier Jahre älter und wirkt auf viele Senioren als ein sehr ruhiger und Stabilität versprechender Kandidat. Ich glaube, den Senioren ist im Moment mehr danach, Stabilität zu wollen als unbedingt Disruption. Das wären für mich die Faktoren, weswegen Biden eigentlich eine ganz gute Ausgangsposition hat. Man spricht davon, dass er im Grunde bis zu 226 Elektorenstimmen – Wahlmänner in nicht gendergerechter Sprache – so gut wie sicher hat, und darüber hinaus hat er dann, im Gegensatz zu Trump, mehrere Wege ins Weiße Haus. Er ist nicht drauf angewiesen, in Texas oder Georgia zu gewinnen. Trump ist zum Beispiel darauf angewiesen, Florida zu gewinnen; wenn Florida in der Wahlnacht schon Biden zugeschlagen würde, dann sähe das für Trump ganz, ganz schlecht aus. Dann wäre es eine Riesenüberraschung, wenn er noch eine Chance hätte. Er kann Florida mathematisch gesehen verlieren – das sind 29 Wählerstimmen, er hatte 306 und 270 braucht man – aber: Wenn er diesen Staat mit fast 30 Stimmen verliert, dann kann er sich fast keinen anderen größeren Staat mehr leisten zu verlieren. Und das wird dann sehr schwer. Also Florida ist *must-win*. Biden hat, wie gesagt, verschiedene Wege, wie er die ihm noch fehlenden circa 50 Wahlmännerstimmen einsammeln kann, um an die 270 heranzukommen.

Anja Schüler: Dann werfen wir ja vielleicht noch einmal einen etwas konkreteren Blick drauf. 226 von 270 hat er so gut wie sicher. Die restlichen Wahlmännerstimmen für Biden müssten dann aus den sogenannten *Swing States* kommen, aus anderen als aus Florida. *Swing States* sind wichtig, spielen immer eine große Rolle. Sie sind Hauptaustragungsorte der Wahlkämpfe. In Staaten, die man sicher hat, wird fast kein Wahlkampf mehr gemacht, und die *Swing States* entscheiden die Wahlen. Wie sieht es denn dort für Biden aus? Was braucht er noch?

Martin Thunert: Es kommt darauf an. Im Moment spricht man meistens von zehn *Swing States*. Also generell sind *Swing States* Staaten, wo der Abstand bei der

vorherigen Wahl, also vor vier Jahren, ungefähr fünf Prozent oder weniger betragen hat. Man kann aber auch jetzt schauen, ob in den Umfragen der Abstand sehr gering ist. In Texas war der Abstand zum Beispiel deutlich höher vor vier Jahren, aber trotzdem gilt Texas, weil die Umfragen da eine Art Kopf-an-Kopf Rennen zeigen, als *Swing State*. Manche Umfragen zeigen einen leichten Vorteil für Trump, aber eben nicht mehr so einen Riesenvorsprung wie vor vier Jahren. Es gibt aber auch Umfragen, die einen leichten Vorsprung für Biden zeigen – also je nachdem, wie man das definiert, kommen wir auf sechs bis zehn oder elf *Swing States*. Die Staaten, die vor vier Jahren den Ausschlag gaben, und die auch so überraschend waren, der sogenannte *Blue Wall*, waren Industriestaaten um die Großen Seen herum, namentlich Pennsylvania, Ohio, Michigan und Wisconsin. Ohio war nicht so überraschend, da waren die Republikaner schon immer relativ stark. Ich glaube, dass noch nie ein Republikaner der jüngeren Geschichte Präsident geworden ist, der nicht Ohio gewonnen hat – aber Wisconsin, Michigan und Pennsylvania sind, glaube ich, auch jetzt wieder Staaten, von denen Trump mindestens zwei gewinnen muss, am besten Michigan und Pennsylvania. Das sind die Wahlmänner-stärkeren als Wisconsin, und er muss im Grunde auch Ohio gewinnen. Er könnte sich vielleicht den Verlust von Wisconsin leisten. Und hier sieht es auch so aus, dass die meisten Umfragen Biden vorne sehen, allerdings nicht mehr so klar außerhalb der Zone, die man im englischen *margin of error*, also die man fehlerbehaftet nennen kann. In der Regel sind das um die 4%, 4,5%. Es gibt ein paar Umfragen, da führt Biden auch in Michigan, Pennsylvania oder Wisconsin noch mit acht oder neun Prozent, aber bei den meisten ist es eben unter fünf Prozent, und es gibt einige wenige Umfragen – es ist jetzt schwer zu beurteilen, ob das unseriöse Institute sind oder nicht – die auch Trump in einigen dieser *Swing States* einen leichten Vorteil geben, oder zumindest sagen, dass Gleichstand herrscht. Oder aber es ist so eng beisammen, dass sich keine klarer *Front Runner* herauskristallisiert. Und Trump wird, glaube ich, auf die Auszählung dieser Staaten warten müssen, wenn er gewinnen will. Ich glaube nicht, dass er es schon schaffen kann in der Wahlnacht ohne diese drei Staaten, die jahrzehntelang immer demokratisch gestimmt haben – Michigan, Pennsylvania – und schon 270 Wahlmännerstimmen erreichen kann. In diesen Staaten wird die Briefwahlauszählung allerdings lange dauern, also mindestens ein, zwei Tage, vielleicht mehr. Wir wissen ja, dass das amerikanische Wahlrecht zwar eine Bundesrahmensetzung hat – den

Voting Rights Act von 1965 – aber dass, wenn alle Kriterien erfüllt sind, die Einzelstaaten unheimlich viele Ausführungsbestimmungen haben, die sie selbst gestalten können, das kennen wir aus Deutschland so nicht. Und eine geht zum Beispiel auch darum – aktuell werden noch Rechtsstreite darum geführt – wie lange die Briefwahlauszählung dauern darf. In Pennsylvania hat das dortige Oberste Gericht zugunsten der Demokraten entschieden. Die wollen, dass praktisch gezählt wird, bis jede Stimme, die irgendwo herumliegt, gezählt ist. Und in Wisconsin aber hat es ein Urteil *Supreme Court of the United States* gegeben – noch ohne Frau Coney Barrett – dass es Grenzen geben muss. Und genau darum wird, wenn es nach der Wahlnacht noch keinen gibt, der die 270 erreicht haben wird, wird auch der Rechtsstreit dann davon handeln in den Tagen und vielleicht Wochen danach. Wie lange darf gezählt werden? Waren die Wahlzettel mit den Briefen dann auch gut verschlossen, oder hätten da Leute reinkommen können, die sie manipulieren könnten, die sie zum Teil vernichten könnten? Da wird es einen Rechtsstreit geben, ich glaube, beide Seiten haben schon tausende von Juristen hier in Stellung gebracht. Das wird ein noch größerer Streit werden als der, an den sich die älteren Zuhörer, die 2000 schon bewusst erlebt haben – damals die Nachzählung in Florida – wo dann der *Supreme Court* kurz vor dem Zusammentritt des *Electoral College* gesagt hat, dass, wer jetzt führt, diesen Staat bekommt. Dieser Staat war wahlentscheidend für Gore oder Bush. Und Bush lag damals mit 538 Stimmen bei der Zählung vorne, welche dann gestoppt wurde und von Gore so akzeptiert wurde. Ich glaube, heute ist klar, dass, wer immer dann nach so einem Spruch so knapp unterliegen würde, dies nicht mehr so ohne weiteres akzeptieren würde. Da können wir sehen, wie sich das Szenario Hängepartie auswirkt, über das wir heute aber nicht *en détail* sprechen, weil es noch zu unklar ist. Aber da gibt es sehr viele Konstellationen, wie solche Hängepartien aussehen könnten, wie lange sie dauern werden und welche Rolle dann am Ende des Tages auch der neue Oberste Gerichtshof haben wird; neu in der Zusammensetzung mit sechs Richtern, die jetzt von Republikanern ernannt wurden, und nur noch drei Richterinnen und Richtern, die von Demokraten ernannt wurden, einer von Bill Clinton und zwei von Barack Obama. Deswegen war es auch so wichtig für die Republikaner, dass Frau Coney Barrett noch vor der Wahl in das Gericht aufgenommen wird, also durch die Ratifizierung am Montag. Denn wenn einer von den sechs, die die Republikaner nominiert haben, anders stimmen würde – und da ist ein Hauptkandidat der Chief

Justice John Roberts, der schon ein paarmal abgewichen ist von dem, was die Republikaner sich erhoffen – hätten die konservativ ernannten Richter immer noch eine 5/4 Mehrheit. Und das, glaube ich, kam ihnen darauf auch an. Also könnte es sein, dass beim Szenario Hängepartie und der Frage, wie lange ausgezählt werden darf, das Oberste Gericht am Ende eine ganz entscheidende Rolle spielt.

Anja Schüler: Mal abgesehen von diesem Szenario, hätte denn Donald Trump noch einen anderen Pfad zurück ins Weiße Haus? Wie würde der aussehen?

Martin Thunert: Also ich sehe bei ihm vielleicht noch einen einzigen Staat, den er nicht gewann vor vier Jahren, und zwar Minnesota, da war es sehr, sehr knapp, deutlich unter vier Prozent, wo er vielleicht auch noch wettbewerbsfähig sein könnte. Wir werden, denke ich, auch sehen, dass er da bei seinem Flughafen-Blitzbesuchen, manchmal bis zu drei oder vier am Tag – das ist jetzt unabhängig davon, wie man zu Trump steht, eine enorme, finde ich, Leistung für einen 74-jährigen, der vor drei Wochen noch Symptome von Covid hatte – lächelt, sozusagen, aber ich gebe jetzt mal die offizielle Version wieder und lass das auch mal ungefragt so stehen – dass er da auftauchen wird, weil er das glaubt. Ansonsten ginge es vielleicht noch um Nevada, wo sich Biden in der Vorwahl enorm schwergetan hat, das hat Sanders krachend gewonnen. Und wir wissen ja auch, dass Hillary Clinton etwa einen Staat wie Wisconsin verloren hat vor vier Jahren, den sie in der Vorwahl in der Partei intern auch gegen Joe Biden verloren hat, und dann hat sie es ganz ohne Einfluss Russlands einfach unterlassen, da nochmal hinzufahren, um den Wählern zu sagen: „Hier, ich bin eure Kandidatin“ und das war einer ihrer schwersten strategischen Fehler. Deswegen müsste so etwas ähnliches in Nevada geschehen, dass eben die Leute, die da sehr enthusiastisch in der Vorwahl für Bernie Sanders gestimmt haben, im März oder Ende Februar, jetzt zuhause bleiben, zum Teil, und dann hätte Trump eine minimale Chance, würde ich sagen. Aber ich denke mal, dass diese beiden Staaten für ihn schwerer zu gewinnen sind als die, die er schon gewonnen hat, minus ein oder zwei Staaten, die er sich leisten kann zu verlieren. Bei kleineren Staaten wie Wisconsin und Iowa kann er sich leisten, 36 Wahlmänner zu verlieren, dann hätte er immer noch 270.

Anja Schüler: Du würdest also sagen, Trump ist noch nicht geschlagen, aber eigentlich ist er schon, wie 2016, auch dieses Jahr wieder der Underdog. Über Amy

Coney Barrett haben wir schon gesprochen, wie wirkt sich denn Ihre Ernennung zur obersten Verfassungsrichterin aus? Wir haben schon darüber gesprochen, wie sie sich vielleicht bei einer Hängepartie auswirkt, aber wie beeinflusst sie Trumps Wahlchancen?

Martin Thunert: Ja, ich glaube, dass sie einfach jetzt eine Entscheiderin ist, sollte es zu einer Gerichtsentscheidung über die Auszählung kommen. Es liegen jetzt relativ bald, nächste und übernächste Woche, Anhörungen im Obersten Gericht zu zwei Themen an, die natürlich speziell für die Demokraten absolute Leib-und Magen-und Herz-Themen sind. Das eine ist *Obamacare*, also der *Affordable Care Act*, das Signatur-Gesetz der Obama-Ära. Eine Entscheidung, ob das in weiten Teilen verfassungswidrig ist, würde das Gesetz in seiner Wirkung tödlich treffen. Und das zweite ist natürlich die Frage, ob die Entscheidung von 1973, *Roe v. Wade*, die also Frauen ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch ohne Indikation in den ersten drei Monaten zubilligt. Damals ist das von den Richtern in die Verfassung hineininterpretiert worden, also keine originalistische Interpretation, sondern eine eher konstruktivistische des Verfassungstextes, ob das Bestand haben wird. Schneller aber wird die Entscheidung über das Gesundheitsgesetz erfolgen. Und da sieht es nun so aus, dass die konservativen Wähler, die zwar mit der Lebensführung Trumps nicht einverstanden sind, jedoch drei relativ konservative Richterinnen und Richter in nur vier Jahren von Trump beschert bekommen haben. Wir müssen den Historiker-Kollegen Berg fragen, ob es das schon mal in jüngster Zeit gab. Ich glaube, es ist keinem Präsidenten gelungen, in vier Jahren Amtszeit drei Richterstellen zu besetzen; ich glaube, da muss man lange zurückgehen, also lange vor der Zeit, mit der sich Politologen normalerweise beschäftigen. Das ist enorm, und selbst wenn es einen gäbe, ist das, ganz, ganz selten. Jimmy Carter hat zum Beispiel keinen einzigen in vier Jahren besetzen können. Also das ist das eine und das mobilisiert diese Leute, die vielleicht ein paar Zweifel an seiner Ethik und Moral hegen, doch für ihn, weil er hat ihnen dieses Ergebnis gegeben hat, diese drei Richter. Und das andere ist aber, dass die Demokraten oder viele Frauen, auch Frauen, die vielleicht von ihren ökonomischen Interessen her die Republikaner wählen wollen, dies nicht tun, vor allen Dingen, wenn sie in einem Staat leben, wo dann die Abtreibung verboten wäre. Denn wenn das Gesetz gekippt wird, wenn das Urteil gekippt wird – *Roe v. Wade* – wird nicht die Abtreibung im ganzen Land verboten, sondern dann gehen wir wieder

zurück auf den Stand von vor 1973, wo nämlich – das Strafrecht ist in den USA ja Kompetenzbereich der Einzelstaaten, wir kennen es von der Todesstrafe – wieder Einzelstaaten bestimmen könnten, ob Abtreibung legal ist oder nicht. Und wenn ich dann als eine Frau, die *Pro-Choice* ist, in einem Staat lebe, von dem man dann erwarten kann, dass es eine restriktive Regelung gibt, da gibt es dann Leute, die sagen „Mensch, also ich wähle jetzt keinen Vertreter, der die Richterin ermöglicht hat, die das vielleicht am Ende möglich macht.“ Das gilt vor allen Dingen für einen Senatswahlkampf im Staat Maine, da zum Beispiel gibt es Susan Collins, eine der gemäßigten, der wenigen gemäßigten Republikanerin, die zur Wiederwahl ansteht, und die hat sich interessanterweise am Montag auch nicht für Frau Coney Barret ausgesprochen. Das war die einzige Republikanerin, die gegen Coney Barrett gestimmt hat – weil eben man auch die Gegenmobilisierung von Frauen befürchtet, die wollen, dass *Pro-Choice* in den USA landesweit erhalten bleibt. Diese beiden Sachen sind vielleicht, was die Wirkung des *Supreme Courts* auf die Wählermobilisierung angeht, noch wichtiger als die Frage, wer dann über die Auszählungen entscheidet. Das interessiert dann tatsächlich mehr die politischen Amtsträger, aber das andere hat eine hohe mobilisierende, aber auch eine hohe gegenmobilisierende Wirkung.

Anja Schüler: Diese Ernennung könnte also durchaus noch ein paar konservative Wähler an die Urne bringen, aber gleichzeitig auch zu Unmut bei weiblichen Wählern führen. Gut, werfen wir doch abschließend nochmal einen Blick auf die Legislative, da wird ja auch neu gewählt. Können die Demokraten mit Zugewinnen im Haus rechnen, im Senat, oder steht der Senat vielleicht sogar auf der Kippe?

Martin Thunert: Also, wenn man den Umfragen glaubt, steht das Repräsentantenhaus nicht auf der Kippe. Da gibt es sogar plausible Umfragen, die sagen, dass die Demokraten vielleicht nochmal fünf Sitze dazugewinnen könnten. Umgekehrt müsste es ein Mini-Erdbeben geben, mini bis mittelschwer, dass um die 20 Demokraten ihren Sitz verlieren, so dass die *Grand Old Party* wieder ihre Mehrheit zurückbekäme. Und das ist unwahrscheinlich. Beim Senat gibt es eine Menge Umfragen, aus denen hervorgeht, dass er auf der Kippe steht. Die Situation ist so: Im Moment haben wir 53 Republikaner, also es werden Sitze neu gewählt, weil es ein oder zwei Nachwahlen gibt, sonst sind es oft 33, 34 bzw. ein Drittel von 100, wie die Verfassung sagt. Im

Moment sitzen im Senat also 53 Republikaner und 47 Demokraten. Wir wissen relativ klar, dass die Demokraten im Staat Alabama verlieren werden. Vor drei Jahren hat eine Nachwahl stattgefunden, die damals sehr überraschend ein Demokrat gewonnen hat, denn eigentlich ist das ein Staat, wo die Republikaner seit 20 Jahren nie Probleme haben. Jedoch war das war ein sehr umstrittener Kandidat, dem Unzucht mit Minderjährigen vorgeworfen wurde, die aufmerksamen U.S.-Watcher erinnern sich vielleicht noch. Jetzt muss dieser Sitz wieder für sechs Jahre vergeben werden. Das heißt, um einen Patt im Senat zu erreichen, müssen die Demokraten vier Nettogewinne haben und den Republikanern vier Sitze abnehmen. Dann hätten wir einen 50:50 Gleichstand, und dann käme es darauf an, wer Präsident ist, da der Vizepräsident, oder die Präsidentin im Falle von Kamala Harris, die ausschlaggebende *tie-breaking-vote* ist. Derselbe Begriff wie im Tennis wird hier verwendet, weil die Vizepräsidentin bzw. Pence bei Gleichstand den Ausschlag geben kann. Wollen die Demokraten sicher sein, die Mehrheit zu haben, unabhängig davon, ob sie die Vizepräsidentin auf Ihrer Seite haben oder nicht, müssten sie fünf Nettogewinne machen. Und da kommt es jetzt drauf an: Es gibt sicherlich Staaten, wo der Amtsinhaber verwundbar ist, etwa Frau Collins in Maine, aber auch in Arizona. Ich glaube, am klarsten sieht es in Colorado aus, also den werden die Demokraten wahrscheinlich gewinnen. North Carolina ist umkämpft, und dann vielleicht noch Iowa. Ganz kühne Stimmen sagen, dass selbst ein sehr bekannter Senator wie Lindsey Graham aus South Carolina, der Vorsitzende des Justizausschusses, der am Montag der letzten Woche die Anhörungen für Coney Barrett beendet und sie dann auch bejaht hat, in Gefahr gegen einen schwarzen Herausforderer sei. Im Moment sehen die Umfragen so aus, dass er seinen Sitz behalten wird. Ich persönlich kann mir im Moment nicht mehr als ein Patt vorstellen. Wenn ich eine Prognose abgeben müsste, würde ich sagen, dass auch Frau Collins klug war, gegen Barrett zu stimmen. Da wird sie vielleicht gerade noch so überleben, und dann haben wir die Mehrheit der Republikaner auf 51 reduziert. Für mich wäre es eine Überraschung, wenn sie wirklich fünf oder mehr Sitze fangen würden. Zwei oder drei sind den Demokraten durchaus zuzutrauen, aber sie verlieren mit ziemlicher Sicherheit mindestens einen. Es gibt auch noch eine Wahl in Michigan, wo der demokratische Amtsinhaber ein bisschen wackelt. Und wenn Trump in Michigan besser abschneidet als Joe Biden, dann kann es natürlich auch sein, dass dieser Sitz auch für die Demokraten wegfällt.

Wir werden im Moment, oder bei dieser Wahl, wahrscheinlich ein Phänomen sehen, was das Gegenteil von *Split Ticket Voting* ist. *Split Ticket* heißt, dass ich oder Sie, Anja Schüler, die Wählerin in Michigan, als Präsident Joe Biden wählt und im Senatsrennen aber für einen Republikaner und vielleicht auch für den lokalen Abgeordneten stimmt. Das sehen wir in dieser polarisierten Gesellschaft der USA aber immer weniger, sodass wir von einem *Straight Ticket Voting* sprechen. Leute also wählen eine Partei von oben bis unten, denn unten werden noch kleinere Dinge auf Einzelstaatsebene entschieden, und geben konsistent den Kandidatinnen und Anliegen der einen Partei ihre Stimme. Deswegen wäre ein Sieg Trumps in Michigan eine Gefahr für den Senatsamtsinhaber der Demokraten, weil man dann auch davon ausgeht, dass diese Leute bei dem Republikaner dort, einem Herausforderer, einem schwarzen Republikaner, ihr Kreuz machen. Aber es sind deutlich mehr Sitze der Republikaner gefährdet, und für diese Republikaner, die nicht unbedingt an Trump hängen, ist die Verteidigung des Senats so ein bisschen das neue Minimalziel bei dieser Wahl. Denn dann kann Biden wahrscheinlich nicht durchregieren, dann müsste man ihn zwingen, den Filibuster abzuschaffen. Das käme in der Öffentlichkeit gut an, denn auch wenn das als ein archaisches Blockadeinstrument gilt, ist es auch ein Minderheitenschutzinstrument. Es würde Biden nicht gefallen, wenn er das machen müsste. Er würde es wahrscheinlich tun, oder er wird es unterstützen, aber das hätte politische Risiken, und dann in zwei Jahren sieht die Senatswahllandschaft wieder etwas positiver für die Republikaner aus. Dann könnten sie sich ausrechnen, dass sie in einer Kammer in der Mehrheit bleiben. Der Senat ist gerade bei Dingen, die die auswärtige Politik angehen, deutlich wichtiger als das Haus, und dann hätten sie vielleicht auch Kandidaten für die Wahl 2024, die man aus erfolgreichen Senatoren und Senatorinnen rekrutieren könnte. Ich denke da zum Beispiel an den Senator Rubio aus Florida, der es schon 2016 versucht hat. Das ist bei einigen vielleicht sogar langfristig in ihrem Interesse: Wenn Trump verliert, aber nicht brutal verliert, dann könnten sie die Partei vielleicht seriöser über den Senat wiederaufbauen und hätten vielleicht sogar in vier Jahren einen wettbewerbsfähigen Kandidaten oder eine wettbewerbsfähige Kandidatin.

Anja Schüler: ... solange man die Mehrheit im Senat nicht verliert. Gut, das war jetzt die Prognose für den Senat. Gibt es denn auch eine fürs Weiße Haus?

Martin Thunert: Ich will mal versuchen, eine Fußballanalogie zu machen: Ich glaube, die Wahrscheinlichkeit, dass es einen deutlichen Sieg in der regulären Spielzeit, sprich in der Wahlzeit, gibt, der dann schon so deutlich ist, dass er morgens deutscher Zeit klar ist, liegt bei vierzig Prozent. Achtzig Prozent, würde ich sagen, fünfundsechzig bis achtzig Prozent Wahrscheinlichkeit für einen Sieg von Biden in der Verlängerung, das heißt Auszählung der Briefwahlstimmen. Und dann gibt es aber – und das ist jetzt der dritte Punkt der Fußballanalogie – möglicherweise ein Elfmeterschießen. Und insofern glaube ich, dass ich Trump doch noch so bei fünfzehn bis zwanzig Prozent Wahrscheinlichkeit sehen würde, dass er eine Überraschungsvolte schafft, dass es bei den Leuten, die spät entscheiden, wie vor vier Jahren, einen Drall hin zu ihm gibt. Allerdings sind die dieses Jahr weniger wichtig, weil so viele Leute schon gewählt haben, aber es gibt ein Szenario, in dem er praktisch alle Staaten gewonnen hat, außer Wisconsin, Michigan und Pennsylvania und Nevada. Dann hätte er aber schon 260 Stimmen. Wenn das so einträte, und wenn er dann noch eine von diesen dreien an den Großen Seen gewinnen könnte, dann reicht ihm sogar Wisconsin mit 10, und er hätte 270. Also eine Prognose wäre: Wenn ein Trump-Sieg, dann ein wahnsinnig enger Sieg, vielleicht sogar 270 zu 268, und dann kommt es auch drauf an, ob die Elektoren sich dann daran auch halten und so abstimmen, wenn das College am 14. Dezember zusammentritt, wie ihnen aufgetragen wird. Da gibt es ein *Supreme Court*-Urteil, das im letzten Jahr gefällt wurde, was noch einmal klarmacht, dass die Elektoren nicht frei sind. Sie müssen sich an das halten, was ihnen praktisch die Wähler an ihrem Staat aufgetragen haben. Dann könnte auch jemand, der 270 hat, tatsächlich gewählt werden. Aber ich sehe Trump im Grunde nicht mit einer Mehrheit im *Electoral College*. Ich würde sagen, die Chancen dazu stehen bei zwanzig Prozent zu achtzig Prozent. Es gibt eher eine Chance, dass Biden mindestens in der Verlängerung, dann vielleicht auch knapp, aber mit einer etwas größeren Abstand, der neue U.S.-Präsident wird.

Anja Schüler: Also wir müssen wenigstens bis zum nächsten Mittwoch warten, wahrscheinlich auch noch ein bisschen länger. Ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch an Martin Thunert, der in den nächsten Tagen wahrscheinlich medial im Dauereinsatz sein wird. Ich möchte Sie gerne auf eine dieser Veranstaltungen hinweisen. Am kommenden Montag eröffnet die Ruperto-Carola-Ringvorlesung der Universität Heidelberg mit einer Podiumsdiskussion zu den Präsidentschaftswahlen.

Mit Martin Thunert werden dann auf dem Podium Nana Brink vom Deutschlandfunk Kultur, sitzen, zusammen mit Horst Kläuser, ehemaliger ARD-Korrespondent in Washington per Live-Zuschaltung und Rachel Tausendfreund vom German Marshall Fund. Sie können diese Diskussion auf *heiOnline*, der Online-Plattform der Universität Heidelberg und im Rhein-Neckar-Fernsehen live verfolgen. Martin Thunert wird auch nächste Woche wieder im HCA-Podcast zu Gast sein. Dann versuchen wir uns zusammen mit Manfred Berg an einer Wahlanalyse. Ich bin Anja Schüler, und für heute bedanke ich mich bei meinem Team für die Unterstützung und bei Ihnen fürs Zuhören. Wir freuen uns, wenn Sie nächste Woche wieder dabei sind. Bis dahin – bleiben Sie gesund.